




*Liebe Leserinnen und Leser,*
die Mobilisierungen am 1. Mai sind ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten verschiedener linker Bewegungen und Organisationen. Viele Millionen Menschen in allen Teilen der Welt beteiligen sich aus diesem Anlass an Demonstrationen und Kundgebungen. Viele eint dabei die Erkenntnis, dass eine Alternative zu Kriegen und der Zerstörung der Natur für Profite, eine Alternative zur Ausrichtung jeder Facette des täglichen Lebens nach Kapitalinteressen nötig und möglich ist. Wir tragen am traditionellen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderung nach einer Gesellschaftsordnung, die auf Solidarität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aufbaut, offensiv auf die Straße.

Seit 2004 finden auch in Stuttgart wieder revolutionäre 1. Mai Demonstration statt, an denen sich immer mehrere hundert Menschen beteiligen.
Wir rufen in diesem Jahr zunächst zur Beteiligung an der Demonstration des DGB am Morgen auf. Dort gilt es gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen für Entschlossenheit bei den kommenden betrieblichen Kämpfen einzutreten. Im Anschluss daran findet die Revolutionäre 1. Mai Demonstration statt. Sie führt durch die Innenstadt nach Stuttgart Heslach, es wird dort unter anderem Reden von verschiedenen linken Gruppen und Initiativen geben. Im Anschluss daran findet unweit der Abschlusskundgebung das internationalistische 1. Mai Fest statt, bei dem es ein abwechslungsreiches politisches und kulturelles Programm geben wird. Rund um den 1. Mai finden außerdem mehrere Info-Veranstaltungen statt.

In dieser Zeitung sind Hintergrundtexte zu aktuellen Themen, die wir im Rahmen der Mobilisierung aufgreifen wollen, zu finden.



# Protest, Widerstand und Perspektiven

Während die kapitalistische Krise noch bis ins vergangene Jahr in aller Munde war, wird heute suggeriert, das System funktioniere wieder weitgehend problemlos. Dass in zahlreichen Ländern die sich einst eines hohen Lebensstandarts rühmten – Griechenland, Spanien, Portugal, um nur ein paar Beispiele zu nennen – keineswegs wieder Ruhe eingekehrt ist, wird zumindest in den deutschen Medien als länderspezifische Problematik abgetan. Oftmals wird gar die dortige Bevölkerung, die zu lange „über ihren Verhältnissen gelebt" hätte, dafür verantwortlich gemacht. Dabei muss die Realität – hier in aller Kürze – ganz anders zusammengefasst werden: Die jüngste Krise des Kapitalismus, die 2008 begann, zieht sich bis heute hin. Sie konnte lediglich in einigen Ländern vorübergehend abgeschwächt werden. Deutsche Konzerne profitieren dabei von ihrem Exportüberschuss, ihrem nahezu weltweiten Zugriff auf Rohstoffe und billige Arbeitskräfte und davon, dass sie die Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung abwälzen konnten. Ob Waffenlieferungen in alle Teile der Welt, die Produktion in Billiglohnfabriken oder die Plünderung von Rohstoffen – weltweit haben die deutschen Konzerne ihre Finger bei unzähligen Machenschaften im Spiel. Innerhalb der BRD intensivierten sie die Ausbeutung eines immer größeren Teils der Lohnabhängigen durch Leiharbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Verlängerung der Arbeitszeiten.



Das Ende der kapitalistischen Krise und die Alternativlosigkeit des Systems mag also für den Teil der Bevölkerung real erscheinen, der die Augen vor den konkreten Zusammenhängen verschließt. Diejenigen, die mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen zufrieden sind, stellen aber zunehmend auch in den kapitalistischen Zentren eine Minderheit dar. Schließlich werden die Folgen des Kapitalismus Stück für Stück auch hier für immer mehr Menschen in vielerlei Hinsicht spürbar. Privatisierungen, Kürzungen bei Sozialleistungen, bei Bildung, Kultur und im Gesundheitswesen, Erhöhung des Rentenalters, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse, steigende Kosten für Mieten, Energie, Lebensmittel und Mobilität, sowie sinkende Löhne und steigende Erwerbslosigkeit prägen hier die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre.

Die aktuelle Situation in der BRD wird neben diesem Klassenkampf von oben auch durch zahlreiche weitere, direkt und indirekt damit zusammenhängende, Aspekte gekennzeichnet. So sind wir mit innerer und äußerer Aufrüstung, dem Erstarken rechter Positionen, einer rassistischen Flüchtlingspolitik und der Desinformation der bürgerlichen Medien konfrontiert.

### Gemeinsam, solidarisch und entschlossen

Die notwendigen unmittelbaren Antworten auf die Situation sind naheliegend: Mobilisierungen und Aktivitäten wie Streiks für bessere Löhne und gegen Entlassungen, Proteste und politische Kampagnen gegen die untragbare Situation im Bildungswesen, gegen Sozialabbau und Aufrüstung, gegen den Ausbau der Polizei- und Überwachungsapparate. Das konkrete Handeln setzt nicht nur unmittelbare Forderungen

auf die Tagesordnung, sondern hilft uns die Vereinzelung und damit unsere Schwäche zu überwinden. Neue Erfahrungen können nur gemacht werden, wenn wir uns bewegen und nur dadurch erkennen wir unsere Stärke, sowie unsere noch vorhandenen Unzulänglichkeiten. In den gemeinsamen Kämpfen entwickeln wir Solidarität, Selbstbewusstsein und Organisierungsansätze. Nicht zuletzt wird so auch der Trennungsstrich zwischen denen, die fortschrittliche Veränderungen anstreben und denen, die für die Beibehaltung dieser Verhältnisse oder deren Verschärfung stehen, sichtbar.

Einen besonderen Stellenwert müssen und werden in der sich zuspitzenden Situation die Konfrontationen in den Betrieben, zwischen den Beschäftigten und den Vertretern des Kapitals, einnehmen. Hier kann das grundsätzlich gegenläufige Klasseninteresse im Kapitalismus am deutlichsten erkannt werden: der Privatbesitz an Produktionsmitteln, somit Aneignung von Reichtum, Profitstreben und Konkurrenz auf der einen Seite und die Perspektive der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der allgemeinen Solidarität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung auf der anderen Seite. Gegen die Beschwichtigungen und den Schutz der Interessen der Kapitalistenklasse von Seiten der Gewerkschaftsspitzen und der Sozialdemokratie, gilt es die kämpferische Arbeit an der Basis zu entwickeln. Durch den solidarischen Kampf der Beschäftigten, dadurch dass Forderungen diskutiert und gestellt werden, die über die übliche kapitalistische Logik hinausweisen und entschlossene Kampfformen entwickelt werden, kann schon heute mit konkreten Schritten hin zu einer befreiten Gesellschaftsordnung begonnen werden. Betriebsbesetzung und politische Streiks sind in vielen Ländern längst ein effektives Instrument der ArbeiterInnen geworden – nicht nur zur Durchsetzung gegen die Interessen des Kapitals. Die Besetzung von Betrieben und die Organisierung der Produktion unter Kontrolle der ArbeiterInnen ist insbesondere dann, wenn dies im Zusammenspiel mit der gegenseitigen Unterstützung anderer gesellschaftlicher Kreise geschieht, ein Meilenstein. Auf diese Weise wird die Perspektive einer Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung greifbar gemacht. Die Notwendigkeit, solche Ansätze zu diskutieren, zu unterstützen und zu organisieren liegt daher auf der Hand – gerade dann wenn Betriebe pleite gehen oder Massenentlassungen anstehen, die Unfähigkeit der kapitalistischen Unternehmensleitung also für alle offenbar wird. Mit der bereits in vielen Ländern geführten Diskussion zu einem länderübergreifenden politischem Generalstreik verhält es sich ähnlich. Es könnte kaum ein besseres Zeichen dafür geben, dass Millionen erkannt haben, dass die Grenzen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen Proletariat und Bourgeoisie verlaufen und wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

**Her mit dem schönen Leben!**

So wichtig unsere Aktivitäten, die unmittelbaren Protest- und Widerstandsaktionen auch sind, sie alleine reichen nicht aus. Sich darauf zu beschränken und spontane Aktionen oder kurzzeitige Zusammenschlüsse als ausreichend zu betrachten, ist zu wenig. Es geht letztlich um ein großes Ziel, darum eine Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln, eine gesellschaftliche Ordnung, in der die Möglichkeit zur Partizipation für alle sichergestellt ist, die Produktion gemeinsam und zum Wohle aller organisiert wird. Nicht zuletzt müssen auch Versuche wieder die alten oder neue Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen herzustellen, verhindert werden. Dies ist die Voraussetzung, um dem notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen, das kapitalistische System zu überwinden. Kämpfen wir und organisieren wir uns für eine gesellschaftliche Ordnung, die nicht länger auf Profitstreben, Kapitalverwertung und Konkurrenz beruht. Überwinden wir die Zustände, in denen eine Minderheit die Produktionsmittel besitzt und die Mehrheit ausbeutet, manipuliert und unterdrückt. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung die den gesellschaftlichen Reichtum und die Produktivkräfte zum Wohle aller einsetzt, entwickelt und verteilt und auf der gemeinsamen Solidarität aufbaut, muss noch heute auf die Tagesordnung!



**Aus der Ausgabe 41 / April 2012 des**
***Netzwerk-Info der Gewerkschaftslinken***

**Wiesbadener Appell Für ein umfassendes Streikrecht**

„Die Bundesrepublik Deutschland hat weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht. Das Streikrecht in Deutschland ist lediglich Richterrecht. Im Grundgesetz (GG) findet sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 kein konkreter Hinweis. Daraus ist keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht vorhanden ist oder irgendeiner Einschränkung unterliegt. In sieben Bundesländern ist das Streikrecht in den Landesverfassungen verankert…
Von den 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik nur in England, Österreich und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks, sind Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert…
Eine gesellschaftspolitische Debatte ist zu entfachen durch selbstbewusste Medienarbeit. Hierfür spielen die Gewerkschaften mit ihren zahlreichen Untergliederungen eine zentrale Rolle. Aber auch fortschrittliche Parteien, Verbände, Vereine, Stiftungen und Einzelpersonen werden dabei unterstützend tätig werden können.
Die Gewerkschaften müssen selbstbewusste Forderungen an die Politik stellen, um ein umfassendes Streikrecht gesetzlich und/ oder verfassungsrechtlich gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta zu verankern.
Auch werden zukünftig Forderungen bei allen Tarifrunden nach Festschreibung, Sicherung und schrittweisen Verbesserungen von umfassenden Streikrechten in allen Tarifverträgen mittelfristig zum Durchbruch führen. Dabei kann die etappenweise Durchsetzung von Fortschritten durch wiederkehrende kontrollierte Regelungsüberschreitungen gegenüber der (noch) herrschenden Rechtsprechung sehr hilfreich sein.
Die Tarifpolitik allein kann eine verfehlte und neoliberale Politik nicht ausgleichen. Dadurch haben es die Gewerkschaften immer schwerer den politisch verursachten Verschlechterungen, die auf die Arbeitnehmer, die Erwerbslosen und weitere große Teile der Bevölkerung Auswirkung haben, zu entgegnen.
Die Schärfung und die Ausweitung von umfassenden (Arbeits-) Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer führt Stück für Stück zu größeren Erfolgen der Gewerkschaften vor allem auch im politischen Raum. Die Mitgliedergewinnung und die Haltearbeit der Gewerkschaften könnte nachhaltig verbessert werden. (Streik-)Recht ist immer Ausdruck von wirtschaftlicher und politischer Macht. Streikrechte sind elementare und soziale Menschenrechte, die erkämpft werden müssen.“

**Der vollständige Aufruf steht unter:**
**www.politischer-streik.de**
Dort kann der Appell auch unterzeichnet werden.

# Klassenkampf in Griechenland




In den letzten Monaten fanden insbesondere die Milliarden, die vom Staat für deutsche und internationale Banken zur Verfügung gestellt wurden, um deren durch die Krise in Griechenland entstandenen Kreditausfälle abzusichern, mediale Beachtung. Wenig Erwähnung hingegen finden die konkreten Auswirkungen der Krise in Griechenland und der Widerstand von denen die nicht für die Krise verantwortlich sind, auf die die Lasten nun aber abgewälzt werden sollen. Der folgende Artikel soll diese Aspekte beleuchten.

**Massive Einschnitte für die Mehrheit der Bevölkerung...**

Das aktuelle Spardiktat von EU, EZB und IWF, an dem die deutsche Bundesregierung maßgeblich beteiligt ist, hat dramatische Auswirkungen auf die griechische Bevölkerung. Im Gegenzug zu immer neuen Kreditpaketen - von denen kein Cent bei der griechischen Bevölkerung ankommt - werden immer drastischere Einschnitte zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit verlangt. Die momentane Regierung, eine Koalition aus Sozialdemokraten, Konservativen und Rechtspopulisten, die von der sogenannten Troika (Vertreter von EU, EZB und IWF) regelrecht eingesetzt wurde, setzt die Vorgaben aus Brüssel mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln um.
Für die Lohnabhängigen hat dies verheerende Folgen: Zuletzt wurden im Februar die Löhne aller Beschäftigten, die nach dem landesweit gültigen Tarifvertrag bezahlt werden um 22% gekürzt, die Renten sogar um 30%. Auch der schon zuvor kaum zum Leben ausreichende Brutto-Mindestlohn wurde von 751 auf 586 Euro gesenkt. Für Unter-25-jährige sinkt er sogar auf 510 Euro. Laut Gewerkschaftsangaben werden dadurch jährlich rund 6 Milliarden Euro von den Lohnabhängigen zu Gunsten des Kapitals umverteilt.
Dabei haben die ArbeiterInnen, die ihren Lebensunterhalt noch einigermaßen selbst bestreiten können, noch das bessere Los gezogen: Die Arbeitslosigkeit ist (laut offizieller Statistik) auf 21% gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 51%. Binnen der nächsten drei Jahre sollen weitere 150 000 Staatsbedienstete ihre Jobs verlieren, 15 000 davon noch in diesem Jahr. Wie alle anderen staatlichen Leistungen wurde auch die einjährige Erwerbslosenunterstützung massiv auf 323 Euro gekürzt – sie wird, wenn überhaupt nur stark zeitverzögert ausgezahlt. Alle diese kürzlich umgesetzten Regelungen wurden direkt dem Vorgabenkatalog der Troika entnommen.
Die Zahl der Menschen die zuerst ihren Job, dann ihre Wohnung verlieren, wächst von Tag zu Tag. Die Situation der Wohnungslosen ist besonders dramatisch. Der Staat hilft ihnen kaum, dies wird auf karitative Organisationen abgewälzt. Als Wohnungslose im Januar bei Temperaturen von minus 8 Grad in Athen ein leerstehendes Haus besetzten, wurde dies umgehend von der Polizei geräumt.
Laut offizieller Statistik leben 30% der Bevölkerung in Armut, allein in Athen sind täglich 200 000 Menschen gezwungen, Suppenküchen aufzusuchen. Am schlimmsten unter dieser Situation leiden Kinder. 600 000 von ihnen leben landesweit unter Bedingungen der absoluten Armut. Mangel- und Unterernährung werden hier zum Massenphänomen. Die Lebensmittelpreise steigen – bedingt durch Absprachen der großen Supermarktketten – wöchentlich und auch sonstige Güter des täglichen Lebens verteuern sich ständig. So soll z.B. der Preis für Strom dieses Jahr um 15% steigen, die Preise im Nah- und Fernverkehr um 25%.

**...Steuergeschenke für die Bourgeoisie**

Doch nicht alle GriechInnen haben unter den Einschnitten zu leiden. 2 000 Familien Griechenlands gehören 80% des Vermögens des Landes, sie konnten mehr als 200 Milliarden Euro Schwarzgeld allein in die Schweiz retten – immerhin die Hälfte der griechischen Staatsschulden. Der Bourgeoisie geht es also nach wie vor gut. So wurden z.B. reiche Reeder immer noch nicht gezwungen, Steuern auf Unternehmensgewinne zu zahlen. Das Finanzministerium erwägt sogar die Abschaffung der Luxussteuer beim Kauf von Neuwagen. Das Kapital und die bürgerliche Parteien agieren immer aggressiver, die Ausbeutung der ArbeiterInnen wird zunehmend intensiviert, die Repressionsmaschinerie gegen DemonstrantInnen, Streikende und MigrantInnen läuft auf Hochtouren.

**Der Widerstand formiert sich**

Immer mehr GriechInnen wollen sich jedoch nicht mehr widerspruchslos in die Rolle der Opfer fügen, die massiven Einschnitte einfach nur hinnehmen und damit die Zeche der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise begleichen. Die Forderung, dass die, die für die Krise verantwortlich sind, namentlich die Konzerne und die Regierungsparteien die Schulden bezahlen sollen, findet immer mehr AnhängerInnen. Mit der Zuspitzung der Situation für die Werktätigen steigern sich auch die Protest- und Widerstandsaktionen. Nahezu wöchentlich kommt es tageweise zum Generalstreik, Zehntausende demonstrieren, Ministerien und Betriebe werden besetzt. Es kommt regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei.

**Die Rolle der Gewerkschaften**

Allerdings leisten die Führungen der beiden großen Gewerkschaftsbünde (GSEE – zuständig für die private Wirtschaft und ADEDY – zuständig für den öffentlichen Dienst) zur Entwicklung dieses Kampfes kaum einen Beitrag. Nur auf massiven Druck der Basis rufen sie halbherzig zu Streik- und Protestaktionen auf. Sie setzen auf Sozialpartnerschaft, Klassenzusammenarbeit und Kooperation mit den bürgerlichen Parteien. Die Gewerkschaftsführer setzen propagandistische Nebelkerzen und träumen von einem „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz". Mit ihren Versuchen, die Wut der Massen zu kanalisieren, in „geordnete Bahnen" zu lenken und damit den in die Krise geratenen Kapitalismus zu reformieren und letztendlich zu retten, stellen sie sich konsequenten Widerstandsaktionen der Werktätigen entgegen. Die Gewerkschaftsbasis verurteilt diese Politik als Versuche der Spaltung und Entwaffnung der ArbeiterInnenklasse.

So verlieren die Dachverbände an Einfluss, während die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsfront PAME, die die Beschwichtigungs- und Spaltungsversuche der Dachverbände heftig kritisiert, an Stärke gewinnt. Die PAME versteht sich als klassenorientierte Bewegung, die hunderte Gewerkschaften, Verbände, regionale ArbeiterInnenzentren, Kampfkomitees in den Betrieben, Strukturen der ArbeiterInnenselbstorganisation zum



Kampf zusammenschließt. Die Kräfte der lokalen Strukturen werden in diesem Zusammenschluss gebündelt und multipliziert. Die PAME führt kämpferische Aktionen in den Betrieben, Streiks, Demonstrationen und Besetzungen durch und vertritt die Klasseninteressen der ArbeiterInnen.

**ArbeiterInnenselbstorganisation**

Einer der umkämpften Betriebe ist das Stahlwerk in Aspropyrgos nahe Athen. Die dortigen ArbeiterInnen befinden sich schon seit November 2011 im Streik. Sie setzen sich konkret gegen Massenentlassungen, Kürzungen der Löhne (die Unternehmensführung will die Löhne auf 500 Euro senken, obgleich sie schwarze Zahlen schreibt), Erpressungsversuche der Werksleitung und die angepeilte Vernichtung der Arbeiterrechte zur Wehr. Die ArbeiterInnen an der Basis haben sich selbst organisiert und Räte gewählt, die sich in Kampfkommissionen organisieren. Auch diese Kampfkommissionen haben sich der PAME angeschlossen. Die unbeugsame und prinzipienfeste Haltung der Streikenden besitzt für den Kampf der griechischen ArbeiterInnenklasse exemplarischen Charakter. Bisher konnten alle Vereinnahmungsversuche durch Werksleitung oder faschistische Kräfte aufgedeckt und unterbunden werden. Die entschlossene Haltung der StahlarbeiterInnen sorgt hingegen für eine breite Solidarisierung. Die Streikenden und ihre Familien erhalten aus der Bevölkerung viele Lebensmittel-, Sach- und Geldspenden, deren Verteilung die Kampfkommissionen regeln. Die beiden großen Gewerkschaftsdachverbände unterstützen den Kampf im Stahlwerk von Aspropyrgos nicht.
Ein weiteres Beispiel für die Selbstorganisation der Werktätigen zeigt der Streik der 870 MitarbeiterInnen der Zeitung Eleftherotypia – eine der auflagenstärksten in Griechenland. Nachdem sie alle, von den Putzkräften über DruckerInnen bis zu den RedakteurInnen, seit August 2011 keinen Lohn ausgezahlt bekamen, traten sie letzten Dezember in den Ausstand. Auch hier hat sich ein Solidaritätsnetzwerk aufgebaut, das die Streikenden mit Nahrungsmittel- und Geldspenden unterstützt. Die Zeitung soll nun in Eigenregie, unter Kontrolle der ArbeiterInnen und ohne Beteiligung der Geschäftsführung produziert werden. Sie wollen sich nicht in die Reihen der Medienschaffenden eingliedern lassen, die aus Angst um ihre Jobs eine kritische Berichtserstattung unterlassen. Sie haben sich auch hier in Räten organisiert, die z.B. die Herausgabe einer Streikzeitung organisieren. Diese Streikzeitung hat höhere Auflagen erzielt als jede andere Zeitung in Griechenland.

**Die politische Landschaft**

Neben diesen Schlaglichtern auf die Gewerkschaftsbewegung und Ansätze der Arbeiterselbstorganisation lohnt sich ein Blick auf die politische Landschaft links der bürgerlichen Mitte. Neben einem mit den großen Gewerkschaftsverbänden verbundenen und eher systemkonform agierenden Linksbündnis (SYRIZA) sowie verschiedenen antiautoritären und libertären Gruppen, die sich zwar immer wieder durch medienwirksame militante Aktionen in Szene setzen können, deren politischer Einfluss jedoch relativ gering ist, ist vor allem die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) zu erwähnen.
Zur Bekämpfung der griechischen Schuldenmisere will die KKE eine einseitige Streichung der Schulden erringen. Sie fordert den Austritt Griechenlands aus den imperialistischen Vereinigungen EU und NATO. Die bedeutenden Wirtschaftszweige, Bodenschätze sowie die Infrastruktur sollen in Volkseigentum überführt werden anstatt vom europa- und weltweit agierenden Kapital privatisiert bzw. außer Landes geschafft zu werden. Kurz zusammengefasst soll das bestehende System gestürzt, das Kapital und seine Vertretung durch die bürgerlichen Parteien entmachtet, die Produktionsmittel vergesellschaftet und der Sozialismus erkämpft werden.

**Internationale Solidarität**

Die Forderung nach dem Austritt aus der EU bedeutet dabei nicht, dass die griechischen Werktätigen Kontakte in andere europäische Länder abbrechen und sich abschotten wollen. Ganz im Gegenteil: auch in Italien, Portugal, Frankreich, Belgien und vielen anderen europäischen Ländern nehmen kämpferische Aktionen und Demonstrationen, Besetzungen und Generalstreiks massiv zu. Die griechischen ArbeiterInnen beziehen sich positiv auf diese Bewegungen, diese wiederum solidarisieren sich mit dem Kampf in Griechenland. Vielerorts hat man dabei erkannt, dass die Mär von den „faulen Griechen" lediglich propagandistisches Beiwerk zum kapitalistischen Raubzug gegen die griechische Bevölkerung ist.
Griechenland dient dabei als riesiges Versuchslabor, in dem erprobt wird, wie die Durchkapitalisierung eines ganzen Landes am effektivsten gestaltet werden kann und wie weit man dabei gehen kann. P. Katsaros, einer der streikenden Stahlarbeiter warnt, dass Griechenland „nur der Ausgangspunkt des neoliberalen Experiments" sei. Es gehe um die Ausweitung des Kürzungsdiktats auf ganz Europa. Der Kampf der Stahlarbeiter soll der Funke sein, der zu einem Flächenbrand wird, in Folge dessen weltweit die Lohnabhängigen „ihr Glück in die eigenen Hände" nehmen.
Wir solidarisieren uns mit den kämpfenden ArbeiterInnen in Griechenland, sowie in allen anderen Ländern. Der Einschätzung von Giorgos Marinos, Mitglied des Zentralkomitee der KKE, kann nur zugestimmt werden: „Die Solidarität kann noch effektiver werden in dem Maße, wie in jedem Land klassenorientierte Kräfte der Massen gegen die Europäische Union, gegen das Kapital, die bürgerlichen Regierungen und Parteien, für den Umsturz der volksfeindlichen Politik organisiert werden."



*„Die Herrschenden schrieben an einem Buch mit dem Titel: ´Die Barbarei des Neoliberalismus´. In Griechenland nehmen die Lohnabhängigen ihnen den Stift aus der Hand und schreiben das Nachwort. Not tut nun aber auch eine Übersetzung ins Deutsche!"* A. Kapsalis Gewerkschaftsaktivist

# Entschlossen gegen Nazis




Die Region um Stuttgart und generell Baden-Württemberg gelten gemeinhin nicht als Hochburg von Nazi-Aktivitäten. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es immer wieder zu schwerwiegenden Angriffen von Faschisten. Die staatlichen Versuche linke Politik mit der menschenverachtenden Ideologie der Nazis und ihren Angriffe gleichzusetzen, müssen entschieden zurück gewiesen werden.

Am 1. Oktober letzten Jahres kam es zu einem Mordversuch des Faschisten Florian Stech in Riegel bei Freiburg. Er fuhr mit dem Wagen in eine Gruppe AntifaschistInnen und verletzte dabei eine Person schwer. Der Betroffene musste aufgrund der erlittenen Kopfverletzungen mehrere Monate auf der Intensivstation und in einer Reha-Klinik verbringen. Dieser, von den Medien als „Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Jugendlichen" verharmloste, Vorfall reiht sich in mehrere weitere Angriffe der letzten Monate und Jahre ein: die Hetzjagd und der Brandanschlag gegen neun Migranten am 10. April 2011 im schwäbischen Winterbach, bewaffnete Übergriffe wie der Schuss mit einer Gaspistole ins Gesicht eines Leonberger Antifaschisten am 29. März 2011, oder Brandanschläge auf linke und alternative Zentren in Freiburg und Schopfheim sind nur einige der zahlreichen Beispiele für den Straßenterror von Rechts in Baden-Württemberg.

**Bürgerliche Heuchelei**

Die Aufdeckung der NSU-Terrorzelle, ihrer Anschläge und ihrer Verbindungen in die faschistische Bewegung machen deutlich, dass die militante Rechte bundesweit zum Kampf gegen fortschrittliche politische Bewegungen, rassistisch definierte und sozial benachteiligte Minderheiten aufrüstet. Diese rechten Gewalttaten, insbesondere des „NSU" haben eine breite öffentliche Debatte nach sich gezogen. In Medienbeiträgen, öffentlichen Veranstaltungen und Stellungnahmen haben PolitikerInnen, VertreterInnen des kulturellen Establishments und JournalistInnen allesamt Betroffenheit und den Willen zum Engagement gegen Naziaktivitäten bekundet. Diese großen Worte offenbarten sich allerdings schnell als Luftblasen. Weder wurden die Organisationen der Faschisten, die NPD und unzählige „Freie Kameradschaften", aufgelöst oder verboten, noch wurden Anstrengungen zur Eindämmung der tief verankerten rassistischen und nationalistischen Hetze in der Gesellschaft unternommen. Im Gegenteil: nach wie vor gibt es massive Kriminalisierungen gegen antifaschistische AktivistInnen, die von intensiven Ermittlungen bei Lappalien (etwa das Abnehmen von Fingerabdrücken durch die Stuttgarter Polizei von Flyern gegen den Verkauf von Nazi-Zeitungen), über Hausdurchsuchungen bis hin zur Verhängung von Haftstrafen reichen. Bei Projekten gegen Rassismus und Faschismus werden Gelder gekürzt, während Gelder für den Kampf gegen „Linksextremismus" zur Verfügungen gestellt werden. Nazi-Aufmärsche werden von massiven Polizei-Aufgeboten durchgeprügelt – das millionenteure Aufgebot von 4000 Polizisten am 1. Mai 2011 in Heilbronn, für den Aufmarsch von etwa 800 Nazis ist dafür nur ein Beispiel. Hinzu kommen die Verstrickungen von Polizei und Verfassungsschutz in den Aufbau rechter Gruppen, etwa durch Gelder für vermeintliche Spitzeltätigkeiten.

**Alles Extremismus?**

Die Herrschenden und ihre Medien nutzen die Stimmungen nicht zuletzt auch um ihre Repressionsapparate auszubauen und ihr Gesellschaftssystem gegen fortschrittliche, wirklich antifaschistische Veränderungen abzusichern. Mit Verweis auf „extremistische Gefahren" werden Polizei- und Geheimdienstapparate immer weiter zu Organen der zukünftigen Aufstandsbekämpfung hochgerüstet. Zugleich soll die Empörung gegen Rechts mit der sogenannten „Extremismustheorie" sofort auch gegen linke und fortschrittliche Bewegung gewendet werden. Diese Theorie wirft den Kampf um eine menschenwürdige, solidarische Gesellschaft, als gleichartige Bedrohungen für die aktuelle Gesellschaftsordnung, in einen Topf mit der menschenverachtenden Hetze der Faschisten. Die herrschenden Verhältnisse sollen so unhinterfragt und unangetastet bleiben – jedes konsequente Bestreben um grundlegende Veränderungen wird durch die Gleichstellung mit faschistischer Menschenhetze sofort diskreditiert.

**Für einen konsequenten Antifaschismus**

Die Faschisten sind nicht die Feinde des kapitalistischen Systems, für die sie sich gerne ausgeben. Der Faschismus ist eine extreme Ausformung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die auf die Klassenherrschaft einer besitzenden Minderheit baut und besonders menschenfeindliche Formen der Unterdrückung und Ausbeutung entwickelt. Dass die Situation des Großteils der lohnabhängigen Klasse sich zugunsten einer herrschenden Minderheit aktuell zunehmend verschlechtert, dass rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung durch Behörden und Gesetze hier schon längst Normalität sind und faschistische Bewegungen immer dann erstarken, wenn rechte Hetze aus der angeblichen Mitte der Gesellschaft zur Spaltung der Lohnabhängigen nach Herkunft, Kultur oder Leistungsfähigkeit aufruft, muss wieder in Erinnerung gerufen werden. Die faschistische Bewegung hat ihre Grundlagen und ihren Ausgangspunkte im Hier und Jetzt. Konsequentes Handeln, das die diese Missstände aufdeckt und bekämpft ist daher dringend notwendig.

## ...always antifascist

Im vergangenen Jahr haben wir am 1. Mai zu den Protesten gegen einen süddeutschlandweiten Nazi-Aufmarsch nach Heilbronn mobilisiert. Etwa 500 Menschen sind in Stuttgart mit Zug, Bus und Autos am Morgen des 1. Mai aufgebrochen um den Nazis dort nicht die Straße zu überlassen.
Mit einem mehr als 2 Millionen Euro teurem Polizeieinsatz, 4000 Polizisten, mehreren Kilometern Absperrgittern, vorbeugenden Ingewahrsamnahmen und Festnahmen dutzender AntifaschistInnen konnte der Aufmarsch von etwa 800 Nazis aus ganz Süddeutschland und darüber hinaus dennoch durchgesetzt werden.
Mit der kollektiven Überwindung einer Polizeisperre und einer kämpferischen Demo zu eingekesselten AntifaschistInnen in Heilbronn, sowie der Verzögerung des Nazi-Aufmarsches durch brennende Barrikaden auf den Bahngleisen, konnte dennoch ein Zeichen gesetzt werden: Wir überlassen den rechten Hetzern und Schlägern nicht die Straße, sie müssen auf den Schutz tausender Polizisten zurückgreifen, um ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten zu können. Bereits am Vorabend des 1. Mai hatten wir zudem unsere Inhalte mit einer kämpferischen Demo in Stuttgart auf die Straße getragen.
In diesem Jahr richten wir unsere Aktivitäten zum 1. Mai unabhängig der rechten Mobilisierungen aus. Ein regionaler Aufmarsch der Nazis in Mannheim wird aber mit vielfältigen Aktionen der dort aktiven AntifaschistInnen konfrontiert werden - wir wünschen den GenossInnen dabei viel Erfolg!


Heilbronn 2011

Die Stärkung des antifaschistischen Kampfes wird am 1. Mai aber auch in Stuttgart eine Rolle spielen, so wird es beim Fest Stellwände und Infos auch zu den Aktivitäten gegen rechts geben.

# Nein zu jedem imperialistischen Krieg!

In vielen arabischen und nordafrikanischen Staaten fanden in den letzten Monaten starke Proteste gegen die, teilweise seit Jahrzehnten, herrschenden Regimes statt. Zu deren Beginn in Tunesien, Ägypten und im Jemen reagierten die imperialistischen Staaten noch überrascht und verunsichert. Die von ihnen mit aufgebauten und mit Waffen, polizeilichem und geheimdienstlichem Know-how unterstützten Regimes wurden entweder bis zuletzt unterstützt oder lediglich zaghaft kritisiert. Im folgenden jedoch wurde die Situation genutzt, um einmal mehr die eigenen Interessen in der Region durchzusetzen – unter dem Vorwand rein humanitärer Ziele.

Insbesondere in Libyen intervenierten die NATO-Staaten vehement, wenngleich auf unterschiedliche Weise, um sich Gaddafi zu entledigen, sich den Zugriff auf Rohstoffe zu sichern und die machtpolitische Rolle in der Region wieder zu stärken.
Das Land, das in der gesamten Region zumindest einen der höchsten Lebensstandards bot, ist infolgedessen nun zu großen Teilen zerstört, immer noch von Kämpfen geprägt und teilweise unter Kontrolle islamistischer Milizen, die foltern, willkürliche Exekutionen vornehmen und angekündigt haben, die Scharia wieder einzuführen.
Da aber westliche Konzerne nun wieder direkten Zugriff auf das Land haben und die zerstrittenen Milizen keine Machtkonkurrenz darstellen, hat die Intervention der NATO-Staaten ihren Zweck erfüllt – SPD und Grüne bedauern lediglich noch, dass die BRD nicht direkt mitgebombt hat. Nun liegt der Fokus auf Syrien und dem Iran.

Im Fall Syrien wird insbesondere die Menschenrechtssituation thematisiert, im Iran der vermeintliche Bau einer Atombombe. Beides sind altbekannte Muster, in denen zunächst über längere Zeit immer wieder Schreckensmeldungen in den Medien lanciert werden, um den Weg hin zu einer militärischen Intervention zu ebnen.
Zu den Hintergründen der aktuellen Kriegshetze, den tatsächlichen Zielen der NATO-Staaten und zur Notwendigkeit die Kriegspropaganda zu entlarven und ihr Alternativen entgegen zu setzen, haben wir zwei AktivistInnen interviewt.

**Warum konzentriert sich die Kritik der imperialistischen Staaten so stark auf den Iran?**

Clara: Zunächst einmal ist zu sagen, dass das iranische Regime natürlich alles andere als fortschrittlich ist. Es unterscheidet sich allerdings im Bezug auf Menschenrechte und außenpolitische Aggressionen kaum von den vom Westen unterstützten Regimes, etwa in Saudi Arabien. Genau genommen findet man insbesondere im Bezug auf Frauenrechte oder dem Schutz religiöser Minderheiten in mehreren anderen Ländern der Region noch schlimmere Zustände vor – was die NATO-Staaten allerdings nicht nur nicht sonderlich zu empören scheint, sondern sie auch nicht daran hindert dorthin Waffen zu liefern. Die Aggressionen gegen den Iran sind letztlich insbesondere dadurch zu erklären, dass das Regime relativ selbstbewusst seine eigenen Interessen auch gegen die Staaten der NATO vertritt und stattdessen eher mit China, Russland und auch Venezuela wirtschaftliche Beziehungen pflegt. Und das während der Iran zu den Ländern mit den größten Erdöl- und Erdgasvorkommen gehört. Zudem liegt er geostrategisch günstig an der Grenze zu Ländern wie Afghanistan, Pakistan und dem Irak und verfügt über einen direkten Anschluss an den Persischen Golf und den Golf von Oman - was sich positiv auf die Exportmöglichkeiten des Erdöls auswirkt. All das lässt aus Sicht der imperialistischen Kräfte natürlich die Einsetzung eines kooperationsbereiten Regimes als sinnvoll erscheinen.

Beyto: Die Geschichte mit dem angeblichen Bau einer Atombombe ist äußerst kritisch zu betrachten: abgesehen davon, dass die Beweise dafür genauso dürftig sind, wie die, die einst angebliche Chemiewaffen im Irak belegen sollten, sind es ganz andere Staaten die eine – auch atomare – Kriegsgefahr darstellen. Im Gegensatz zum Iran, sind es schließlich die NATO-Staaten die seit Jahrzehnten in allen Teilen der Welt Kriege beginnen und dabei nahezu jede erdenkliche Waffe, von Streumunition bis mit Uran angereicherten Geschossen, benutzen.

**Wie schätzt ihr die Gefahr einer militärischen Intervention im Iran durch die NATO oder Israel ein und was wären die Konsequenzen?**

Clara: Trotz der verbalen Säbelrasselei dürften insbesondere die USA und die anderen westlichen Länder aktuell noch kein unmittelbares Interesse an einem neuen Krieg haben, den sie eventuell nicht unter Kontrolle halten können – dies ist auch der Grund weshalb sie Israel drängen noch nicht militärisch zuzuschlagen. Würde Israel den Iran jedoch im Alleingang angreifen so ist sicher, dass die USA und Europa ebenfalls eingreifen würden. Natürlich ist dennoch auch kurzfristig eine Entwicklung nicht auszuschließen, in der insbesondere die USA einen Angriff starten, etwa auf Druck der religiösen und konservativen Fanatiker innerhalb der Republikaner. Langfristig würde es fast schon an ein Wunder grenzen, wenn die imperialistischen Staaten keine neuen Kriege beginnen.

Beyto: In jedem Fall gilt es wachsam zu sein und gegen jede Form der Kriegshetze – unter welchem Vorwand sie auch immer betrieben wird – aktiv zu werden. Schließlich gibt es kein Beispiel dafür, dass eine vergleichbare imperialistische Intervention für die Menschen dort wirklich Fortschritte mit sich gebracht hätte. Gesellschaftliche Veränderungen – und die sind natürlich auch im Iran nötig – werden von linken und fortschrittlichen Kräften gebracht, nicht von Bombenkriegen. Tatsächlich werden die fortschrittlichen Kräfte im Falle von militärischen Interventionen und selbst schon bei den jetzigen diplomatischen und wirtschaftlichen Angriffen in der Regel eher geschwächt. Es fällt dem Regime somit schließlich leichter, Oppositionelle als Agenten des Westens zu diffamieren und die Bevölkerung dazu zu bewegen, sich hinter das Regime zu stellen, um die ausländischen Aggressionen abzuwehren.

**Kommen wir auf ein anderes Thema zu sprechen, welches aktuell auch immer wieder im Gespräch ist: Syrien. Nach wie vor herrscht dort Krieg und immer wieder kommt es zu Todesopfern. Wie würdet ihr die aktuelle Situation dort beschreiben und welche Akteure gibt es dort momentan?**

Beyto: Die Proteste die seit etwa einem Jahr in Syrien stattfinden, haben leider auch dazu geführt, dass die Machthaber der reaktionären arabischen Länder, allen voran Saudi Arabien, und der Westen eine Chance gesehen haben, die Geschehnisse in dem Land in ihrem Sinne zu beeinflussen. Seitdem herrscht dort, geschürt durch diese Länder ein Bürgerkrieg. Diese Staaten haben sich nun, als sich selbst so bezeichnende „Freunde Syriens", auch einen ge-

meinsamen Namen und Struktur gegeben. Sie bestehen aus 71 westlichen, arabischen und afrikanischen Staaten, auch die BRD zählt dazu. Hingegen sind Russland und China nicht Teil des Treffens. Für die Vertretung Syriens nimmt nur noch der pro-westliche „Syrische Nationalrat" teil, die anderen Oppositionsgruppen boykottieren das Treffen.

Clara: Die innersyrischen oppositionellen Gruppen, die dem Treffen der „Freunde Syriens" fern bleiben, sind zusammen stärker als der von den Muslimbrüdern dominierte „Syrische Nationalrat" und erkennen diesen auch nicht an. Dieser fordert im Gegensatz zu den anderen Oppositionellen eine ausländische Militärintervention und lehnt jeglichen Dialog mit Assad ab - einer der Gründe weshalb sich die imperialistischen Länder, die nach Macht in der Region streben, auf ihn als Vertretung beziehen und ihn dementsprechend auch unterstützen. Damit befindet er sich aber auch in einer direkten Abhängigkeit zu ihnen. Er steht in Verbindung mit der „Freien Syrischen Armee" und fordert deren Bewaffnung.

**Wie stark ist die „Freie Syrische Armee" und aus wem besteht sie?**

Clara: Die Schätzungen sind sehr unterschiedlich, vermutlich sind es ca. 3.000 Bewaffnete. In ihr sammeln sich auch kriminelle Banden. Sie ist zersplittert und verfügt genauso wenig wie der „Syrische Nationalrat" über ein politisches Programm. So ist es auch kein Wunder, dass es vermehrt zu Berichten über schwere Menschenrechtsverletzungen durch sie kommt. Interessant ist die Tatsache, dass sich zahlreiche Al-Kaida-nahe Kämpfer dem bewaffneten Widerstand angeschlossen haben - eigentlich eine Gruppe mit der sich die westlichen Länder zumindest in Afghanistan im Krieg befinden.

Beyto: Die Unterstützung der Kämpfer der „Freien Syrischen Armee" ist eine billigere Alternative für die westlichen Mächte und ihre Verbündete, die zudem auch weniger riskant ist als eine direkte Intervention - eine Herangehensweise die schon in mehreren Ländern davor beobachtet werden konnte, zuletzt in Libyen.

**Für wie wahrscheinlich haltet ihr eine groß angelegte Militärintervention?**

Clara: Es gilt im Wesentlichen das gleiche wie für den Iran. Ein direkter Angriff wäre mit gewissen Risiken für die NATO verbunden, kann aber dennoch früher oder später erfolgen. Was wir momentan erleben, sieht letztlich verdächtig nach einer Kriegsvorbereitung aus: Eine einseitige Gräuelpropaganda in den bürgerlichen Medien, bis hin zu offenen Forderungen nach einer Intervention, dabei ein Ignorieren der fortschrittlichen und ebenfalls gegen Assad arbeitenden Gruppen, die eine militärische Einmischung ablehnen. Dazu kommen wirtschaftliche Sanktionen um Syrien zu schwächen, die Unterstützung der bewaffneten Gruppen, verdeckte Spezialoperationen, wie sie auch in Libyen vor den Luftangriffen bereits stattfanden und Druck auf die Länder, die zu einem Angriff der NATO eine kritische Haltung einnehmen.

**Welche Interessen stehen hinter der Aggression gegen Syrien?**

Beyto: Auch hier ist die Interessenlage mit der bezüglich des Iran vergleichbar. Es geht um die Vormachtstellung in strategisch und wirtschaftlich wichtigen Standorten in der Region und um die Installation einer schwachen und zur Kollaboration mit dem Westen bereiten Regierung. Der Kampf für Menschenrechte dient als Vorwand, denn wenn dies der Maßstab wäre, dürften sicher nicht gleichzeitig die reaktionären Golf-Monarchien und die islamistischen und reaktionären Kräfte in Syrien und vielen anderen Ländern unterstützt werden.

**Warum findet das Thema und eine mögliche militärische Eskalation der Auseinandersetzung momentan vergleichsweise wenig Beachtung und halten sich die antimilitaristischen Proteste so in Grenzen?**

Clara: Ganz allgemein hat die Friedensbewegung an Stärke verloren und fällt es ihr schwerer Menschen gegen Kriege auf die Straße zu bringen. Die Legitimierung von imperialistischen Kriegen ist politisch sehr breit verankert. In den Mainstream-Medien gibt es kaum noch kriegskritische Stimmen. Stattdessen wird es durchweg sehr vehement als humanistisch und sozial ausgegeben, wenn die NATO andere Länder bombardiert. Es fällt daher offenbar vielen schwer all dem in der aktuellen Situation aktiv und offensiv etwas entgegen zu setzen. Auch wenn der Großteil der Bevölkerung hier die meisten Kriegseinsätze ablehnt, heißt das nicht automatisch, dass sie dafür auf die Straße gehen würden.

Beyto: Selbst in Teilen der revolutionären Linken gibt es keine klare Abgrenzung zu kriegstreiberischen Positionen, wie sie etwa von den sich teilweise immer noch als links ausgebenden „Anti-Deutschen" vertreten werden. Um so wichtiger ist es, dass es von Seiten der wirklich emanzipatorischen und linken Kräfte einmal mehr eine deutliche Positionierung gegen imperialistische Kriege und für die internationale Solidarität mit den Opfern der von hier aus geführten Kriege und allen fortschrittlichen Kräften gibt. Große Mobilisierungen wie die jährlichen Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München sind dahingehend ebenso wichtig wie das lokale Engagement gegen Bundeswehr-Propaganda an Schulen oder bei Job-Börsen und die Unterstützung der Kämpfe linker AktivistInnen in anderen Teilen der Welt. Gerade in Zeiten, in denen verschiedene politische Kräfte sich in ihrer Kriegshetze gegenseitig zu übertreffen versuchen, haben wir als Linke und AntikapitalistInnen die Aufgabe unsere Positionen sichtbar und aktiv zu vertreten und uns dafür zusammen zu tun und zu organisieren. Das verbindet uns mit unseren KollegInnen und GenossInnen in allen Teilen der Welt, ob in den USA, Israel, Palästina, der Türkei, dem Iran oder Syrien – wir kämpfen alle gegen jede Unterdrückung, gegen Krieg und staatliche Repression!



## Veranstaltungshinweise [mehr auf unserer Homepage]

### Protest, Streik und Perspektiven — *Donnerstag, 10. Mai um 19 Uhr*

Diskussions- und Infoveranstaltung zu Bedeutung und Perspektiven einer klassenkämpferischen Praxis und zu den Krisenprotesten Mitte Mai

Sind Streiks und Protestaktionen nur für die Durchsetzung höherer Löhne nötig, oder liegt im gemeinsamen Handeln und Kämpfen der Beschäftigen nicht mehr Potential, nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine Überwindung des Kapitalismus...? Wie können Forderungen und Aktionsformen entwickelt werden, die über die kapitalistische Logik hinausgehen und bereits Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung enthalten? Diese Fragen sollen auf der Veranstaltung vom Referenten Tom Adler thematisiert und zudem ein Einblick in aktuelle Diskussionen zu politischen Streiks gegeben werden. Desweiteren wird es Infos zur Mobilisierung zu den Protestaktionen vom 16. bis zum 19. Mai in Frankfurt a.M. geben.

Im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart-Heslach

### Fábrica sin Patrones - Fabrik ohne Chefs — *Mittwoch, 16. Mai um 19 Uhr*

Film und Veranstaltung zur selbstverwalteten Fliesenfabrik FASINPAT (Zanon) in Argentinien

Im Oktober 2001 wurde die Fliesenfabrik Zanon von den etwa 260 Arbeiterinnen und Arbeitern besetzt, als der Besitzer sie in der großen Wirtschaftskrise auf die Straße setzen wollte. Seitdem haben sie immer wieder Angriffen und Problemen standgehalten, unter anderem wurde eine kurz bevorstehende Räumung 2003 vom Gouverneur „wegen unvorhersehbaren Konsequenzen" wieder abgeblasen – die ArbeiterInnen konnten auf die starke Unterstützung der Bevölkerung bauen und waren bereit die Fabrik mit allen Mitteln zu verteidigen.
In den Jahren seit dem Beginn der Selbstverwaltung konnte die Produktion ausgeweitet werden, heute sind mehr als 400 Menschen dort beschäftigt. Sie haben in den Erhalt und Ausbau der Maschinen investiert und zudem immer wieder soziale Projekte und Streiks von anderen ArbeiterInnen finanziell unterstützt. Doch das ist nicht alles: das Projekt ist durchweg demokratisch organisiert, Beschlüsse werden gemeinsam gefasst, alle verdienen den gleichen Lohn und die Posten in Verwaltung und der eigens gegründeten Gewerkschaft sind nach dem Rotationsprinzip organisiert. Es gibt stetig politische Debatten und Aktivitäten, sowie einen Austausch mit anderen Betrieben unter Kontrolle der Beschäftigten.
Bei der Veranstaltung wird eine Dokumentation über die Fabrik gezeigt, dazu gibt es aktuelle Infos zum Stand des Projektes.

Im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart-Heslach

## Der 1. Mai 2012 in Stuttgart

**10 Uhr Marienplatz | DGB Demo:** Der Tag beginnt mit der traditionellen Gewerkschaftsdemonstration. Dort gilt es für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsarbeit und ein Ende des Schmusekurses mit Staat und Kapital einzutreten.

**11. 30 Uhr Schlossplatz | Revolutionäre 1. Mai Demonstration:** Nach der DGB-Demo geht es gemeinsam zum Auftakt der Revolutionären 1. Mai Demo auf dem Schlossplatz. Die kämpferische Demonstration wird durch die Innenstadt nach Stuttgart-Heslach führen.

**14 Uhr Linkes Zentrum | 1. Mai Fest:** Im Anschluss findet im und vor dem Linken Zentrum Lilo Herrmann das 1. Mai Fest statt. Dort gibt es unter anderem Essen & Getränke, Infotische, ein Quiz, Infos zur Mobilisierung Mitte Mai nach Frankfurt und Auftritte der Microphone Mafia (Polit HipHop aus Köln) und von Dirt Effect (Rock aus Stuttgart).

**Aktiv werden, linke Strukturen aufbauen und unterstützen!**

Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart & Region (AABS)
**www.aabs.blogsport.eu**

Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM)
**www.otkm-stuttgart.tk**

Linkes Zentrum Lilo Herrmann
**www.linkeszentrumstuttgart.org**

## Email-Newsletter

Aktuelle Infos zu Mobilisierungen & Veranstaltungen
Anmeldeformular auf unserer neuen Homepage

# 16. - 19. Mai
## Protestaktionen gegen Kapitalismus & Krise
# in Frankfurt

**Besetzungen, Blockaden, Demo!**
**Gemeinsame Anreise aus Stuttgart**
**Mehr Infos beim 1. Mai Fest und auf den Veranstaltungen**




Die Herausgabe der Zeitung wird mitgetragen und unterstützt von:
Gruppe 76 Rastatt/Murgtal | www.gruppe76.blogsport.de
Linke Aktion Villingen/Schwenningen | www.linkeaktion.blogsport.de
Rote Aktion Mannheim | www.roteaktion.blogsport.de
sowie Einzelpersonen